

Bei Eröffnung der regulären öffentlichen Sitzung **um 19:30** Uhr durch OV Schildecker war das Plenum beschlussfähig. (Die Tagesordnung siehe Anlage 1). OV Schildecker begrüßte alle Bürgerinnen und Bürger.

TOP 1

Frageviertelstunde

Ein Bürger wollte wissen, weshalb diese 'Frageviertelstunde' immer zu Beginn stattfindet, wenn noch nicht alles besprochen worden sei; er selbst halte diese zum Schluss für sinnvoller.

OV Schildecker wies daraufhin, dass es sich hier um eine öffentliche Ortschaftsratssitzung und keine Bürgerversammlung handle, so dass dies dann dazu führen könne, dass es stellenweise etwas ausfere, worauf eine Bürgerin befand, dass man dem ja Einhalt gebieten könne.

OR Riemann fügte hinzu, dass man früher mal beides praktiziert habe, so dass man dann den TOP 'Verschiedenes' statt dessen ausfallen lassen könne.

Ein weiterer Bürger führte aus, dass der 'Alte Weg' zu den meist befahrenen Straßen innerhalb Munzings gehöre und die Einhaltung der 30er-Zone nicht gegeben sei, da er immer wieder beobachte, wie die PKWs mit 50 km/h abbögen und an jener Stelle, wo er zur Fa. Schildecker führe, nochmals ordentlich Gas geben würden, weshalb er wissen wolle, ob die Ortsverwaltung hiergegen etwas zu unternehmen gedenke oder warten wolle, bis eines der Kinder, die dort üblicherweise spielen, zu Schaden komme?

OV Schildecker bestätigte, dass dieser Weg immer wieder gerne als Schleichweg benutzt werde und man hier eine Geschwindigkeitsmeßtafel mit Fahrzeugzählung aufstellen könne; eine bauliche Verengung sei hier jedoch nicht möglich, da dies eine Zufahrtsstraße der Lieferanten zur Fa. Neuberger sei, weshalb man hier nur immer wieder an die Vernunft appellieren könne.

Darauf entgegnete der Bürger, dass man hier eben etwas innovativ sein müsse und dies eine gute Möglichkeit sei, Blumenkübel hinzustellen, so dass immer noch LKWs vorbeikämen, der Verkehr aber deutlich entschleunigt würde.

Ein weiterer Bürger bestätigte, dass besagte Straße zu Zeiten vor dem 'Alter Weg' viel schmaler gewesen wäre und nun massiv breiter geworden sei, so dass Blumenkübel, wie in Hausen oder eine kleine Insel wie in Mengen, zur Entschleunigung führen würde.

TOP 2

Vorstellung der neuen Bildungs- und Umweltbürgermeisterin Frau Christine Buchheit

Vortrag: OV Schildecker begrüßte Frau **Bürgermeisterin Christine Buchheit** vom **Dezernat II für Umwelt mit Forst und Abfallwirtschaft, Jugend, Schule und Bildung**, als Nachfolgerin der in den Ruhestand getretenen Bürgermeisterin Frau Gerda Stuchlik, hieß sie herzlich willkommen und übergab ihr das Wort, nachdem er auch alle anwesenden Referierenden, als auch den Pressevertreter Herrn Schöneck vom Rebland

Kurier und die Bürgerschaft in seinen Gruß eingeschlossen hatte.

Frau BGM Christine Buchheit bedankte sich für die Einladung und schilderte ihre **Biografie** wie folgt:

53 Jahre alt, DiplomatIn, in Mannheim geboren, in der Pfalz, ebenfalls Weinort, aufgewachsen, verheiratet und drei Kinder im Alter von 18, 17 und 15 Jahren, die sich aktuell noch in Berlin aufhalten und später nachkommen werden.

Hat nach Abitur und Auslandsaufenthalt an der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität Germanistik, Geschichte und Völkerkunde studiert und anschließend in Frankfurt als Lektorin gearbeitet; später auch im Bundestag als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Nach verschiedenen Stationen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, unter anderem in Afrika für die deutsche Schule Nairobi, wo die Kinder alle einen Stempel auf die Stirn gedrückt bekommen, als Hinweis, zu welchem Schulsystem sie gehören, als auch der Bundeszentrale für politische Bildung. Ist 2013 in den Höheren Dienst des Auswärtigen Amtes eingetreten um das Schulsystem als Ganzes ins Visier zu nehmen. Hat unter anderem dort als Attaché im Büro des Bundesaußenministers und für das Büro des Staatsministers für Europa gearbeitet. Zuletzt war sie für die Themen Flucht und Migration im Maghreb zuständig.

Ihre Devise ist global denken und lokal handeln: Hat festgestellt, dass sie nicht nur das Große umtreibt, sondern auch die Kommunalpolitik sehr fesselt; ist daher in 2019 in Lahr als OB-Kandidatin angetreten, wobei sie die Wahl verloren hatte, hat aber gemerkt, dass dies etwas ist, was sie wirklich packt und was sie gerne weiter machen würde.

Da ihr Mann aus der hiesigen Gegend kommt, ist es eine große Freude für ihre Familie, hierhin zu ziehen.

In Deutschland gebe es keine Bewegung bei der Frage, ob das Elternhaus für den Bildungsweg der Kinder entscheide.

Weil sie eine grüne Umweltdezernentin ist, sei sie bestrebt, den Artenschutz und die Vielfalt der natürlichen Umgebung zu erhalten; auch der Klimawandel, den man hier schon spüre, da es trockener geworden und die Tendenz schlecht sei, stehe auf ihrer Agenda.

70 Tage mit einer Temperatur von über 30 Grad sei die Tendenz, wobei es in anderen Regionen noch schlechter sei, so dass hier alle an einem Strang ziehen müssen.

Bedingt durch die neuen Klimaziele 2040 müsse man sich was Neues ausdenken.

Corona nehme nun alle in Beschlag mit neuen Hygienevorschriften, was alles wahnsinnig anstrengend sei und von dem man erst noch merken werde, was das emotional und sozial mit unseren Kindern und Jugendlichen gemacht habe, da ein Jahr in einem Kinderleben eine lange Zeit sei.

- Seit gut einem Monat sei sie nun Nachfolgerin von Gerda Stuchlik, habe dort auch das gleiche Müllproblem, das leider immer mehr zunehme.
- Wortmeldungen: OR Riemann konstatierte, dass dies ein gutes Signal sei, dass die Bürgermeisterin hierher komme um sich vorzustellen und OR Lang fügte hinzu, dass man am Tuniberg i.S. Artenschutz einiges zu bieten habe.
- OV Schildecker lud BGM Buchheit ein, ihr vor Ort die Auswirkungen der Ausgleichsmaßnahmen für die Bebauung in der Innenstadt zu zeigen, worauf BGM Buchheit wissen ließ, dass sie gerne komme wenn OV Schildecker ihr einen Terminvorschlag unterbreite.
- OV Schildecker zeigte auch kurz den großen Bedarf einer Schule am Tuniberg, nebst zeitlicher Abfolge seitens der Stadt auf, da die Kinder relativ lange Wege zur Schule zurücklegen müssten, länger als die in Opfingen wohnenden Kinder, und pro Weg fast eine Stunde unterwegs seien, weshalb eine Grundversorgung am Tuniberg gut wäre.
- Diesbezüglich würde er die künftige Marschroute gerne mit BGM Buchheit abstimmen und ihr dieses Thema ans Herz legen.
- BGM Buchheit ließ wissen, dass das Thema wichtig und zwischenzeitlich auch angekommen sei; die finanziellen Mittel hierfür müssten entsprechend eingestellt werden. Schließlich fehlen ja auch ganz offensichtlich Plätze, da teilweise auch schon Container aufgestellt werden mussten.
- ORätin von Kageneck wollte wissen, ob BGM Buchheit schon einschätzen könne, wieviel Einfluss die Stadt bei großer Bürgerbeteiligung hier habe?
- BGM Buchheit erwiderte, dass sie das so noch nicht sagen könne, da das Kultusministerium sich gerade frisch aufgestellt habe; sie kenne jedoch die Kultusministerin privat, so dass es günstige Gesprächswege gebe, was zumindest eine gute Ausgangslage sei.
- OV Schildecker befand, dass man dieser Sache wohl noch etwas Zeit lassen müsse, bedankte sich bei BGM Buchheit mit einem hübschen Frühlingsstrauß und verabschiedete sie um 20:10 Uhr zu ihrem Folgetermin in der Ortschaftsrats-Sitzung in Lehen.

TOP 3

Bewerbung für das Label "StadtGrün naturnah"

hier: Beschluss der Grünflächenstrategie mit zugehörigem Maßnahmenplan Beschluss-Vorlage G-21/081

- Vortrag: OV Schildecker berichtete, dass vorhandene Flächen ökologisch aufgewertet werden sollen und Bemühungen im Gange seien, alles aufzuschreiben und zusammenzustellen, für welche Baumaßnahmen welche Ausgleichsflächen bestimmt würden.

Wortmeldungen: ORätin von Kageneck bedauere, dass kein Vertreter der Stadt anwesend sei, da sie gerne gewusst hätte, was mit den Munzinger Böschungen gemacht werde.
 OR Lang wies darauf hin, dass es Prioritäten gebe und dies oder jenes vorgezogen werde und das Ganze positiv sei.
 OR Riemann hielt fest, dass Freiburg schon viele derartige Maßnahmen gehabt habe; neu sei, dass am Roßbächle Flatterulmen als seltene Baumart gepflanzt werden sollten, was die Pflege des Roßbächles in den Fokus rücke.

Ergebnis

Der Ortschaftsrat Munzingen hat dieser Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt.

TOP 4

Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Rossbächle“, Plan-Nr. 6-186 (Munzingen)

hier: a) **Beschluss über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**
 b) **Beschluss über die Änderung des Plangebiets des Bebauungsplanes**
 c) **Billigung des Bebauungsplanentwurfes für die förmliche Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (Offenlage)**

Beschluss-Vorlage G-21/085

Vortrag: Frau Trautmann, Stadtplanungsamt, bat eingangs Herrn Freyler, einige einleitende Sätze zu sagen.
 H. Freyler stellte sich und seine Funktion vor und erinnerte, dass er in 2019 schon einmal bei der Vorstellung dieses Bauvorhabens zugegen gewesen war und einige Anregungen mitgenommen habe, wie z.B. die maßvolle Bebauung: 44 Wohneinheiten statt 48 angedachten.
 Wichtig sei die Belegungsquote für geflüchtete Familien; die Jugendeinrichtung und die Kita: Bedarfe müssten mitwachsen; haben dies beim Aufstellungsbeschluss bereits berücksichtigt; entsprechende Planungsmittel in den Doppelhaushalt eingestellt, die nun von der nächsten Haushaltsberatung abhängen, wo entschieden werde, welche Mittel hier reinkämen; die Chancen stünden aber ganz gut.
 Abschließend verwies er bezüglich des Verfahrens an Fr. Trautmann.
 Frau Trautmann erklärte das städtebauliche Konzept, und führte aus, dass als nächstes im Juni 2021 die Offenlage der Planunterlagen anstehe und veranschaulichte das Procedere anhand einer PowerPoint Präsentation, sowie die Lage und

Abgrenzung mit Hinweise auf den Zeitdruck wegen eben dieser Offenlage.

Die Erschließung laufe über den nördlichen Teil der St.-Erentrudis-Straße; vier größere Baukörper seien vorgesehen, 4 Reihenhäuser in Eigentum und kleinere Innenhöfe sowie Freiräume. Das Herzstück sei der Quartiersplatz mit Kinderspielplätzen und Beeten zum gemeinsamen Gärtnern; direkt anschließend das Quartiersbüro, sowie genügend Stellplätze, um Wildparken zu verhindern, da man hier mehr oder weniger aufs Auto angewiesen sei.

Man könne hier nicht unterkellern, d.h. man müsse die Nebenanlagen als Ersatzräumlichkeiten unterkriegen sowie Fahrräder etc.

Es entstünden ca. 44 Wohneinheiten (WE), davon geförderter, als auch freifinanzierter Wohnungsbau und Eigentum.

Für die Entwässerung müsse ein Gefälle hergestellt werden, um das Wasser dahin zu bekommen wo man es benötige; die Erschließung solle nördlich über die St.-Erentrudis-Straße erfolgen. Die entsprechende rosa Markierung sei ein Biotopstreifen; dort liege der Abwasserkanal des Abwasserzweckverbandes; wenn möglich solle dieser in den 'Alten Weg' verlegt werden. Für bebaute Bereiche sei der Eigenbetrieb Stadtentwässerung zuständig.

Daraufhin erläuterte Frau Trautmann den Schnitt des Plangebietes (siehe PowerPoint Präsentation)³ Vollgeschoss mit Flachdach.

Das Jugendhaus sei einen Steinwurf vom Roßbächle entfernt; nun müsse man schauen, wie man den Kita-Bedarf gedeckt bekomme? Man sei hier noch am Anfang der Planung; der Aufstellungsbeschluss aber schon gefasst; der Flächenbedarf für die Kita sei vorgegeben worden; der Bolzplatz aktuell überdimensioniert.

Nun müsse man als erstes ein Lärmgutachten in Auftrag geben, da z.B. die Schlafplätze der Kita nicht neben dem Bolzplatz angebracht werden dürften, aufgrund des besonderen Ruhebedarfes dieser Altersgruppe. Der Lärmgutachter gebe an, wie die Gebäude angeordnet werden könnten.

Der Zeitplan würde vorsehen, dass Planunterlagen offengelegt werden; Unterlagen für den Satzungsbeschluss würden dann bearbeitet werden.

Wortmeldungen: ORätin Stifel gab zu bedenken, dass der Verkehr ist an dieser Stelle sehr schnell sei und wollte wissen, ob es Überlegungen, gebe, wie man zu Fuß zur Kita komme, ohne das Auto nehmen zu müssen?

Frau Trautmann stellte heraus, dass es eine Lücke zu den Tennisplätzen gäbe und ein Verkehrsgutachten erstellt werde, das erarbeite, wie man fußläufig zu der Kita kommen könne.

ORätin Weber befand, dass ein Innenhof nicht gerade förderlich für die Integration der Menschen sei, da diese so unter sich bleiben und hielt es für den Ort für wichtig, dass alle neu Hinzuziehenden miteinander lebten.

Frau Trautmann erwähnte, dass man im Baugenehmigungsverfahren übers Roßbächle eine kleine Fußgängerbrücke anbringen wolle, als sog. 2. Anbindung im Süden für Fußgänger und Radfahrer.

Herr Freyler fügte an, dass die Wohnstruktur dazu beitragen solle, dass Menschen sich sozial durchmischen. Vor Ort sei dann ein Hausmeister ansprechbar für alle Personen in diesem Gebiet.

Frau Trautmann befand, dass dies immer ein Problem bleibe, wenn man keine Fläche in der Ortsmitte mehr zur Verfügung habe.

OR Schillinger hielt diese Bebauung für losgelöst, da es Integration nicht gerade fördere und seines Erachtens zu wenige Stellplätze seien, also langfristig nicht genügend, da alle auf Autos angewiesen seien. Dies begründete er wie folgt:

1. Sehe der Planentwurf 1 Stellplatz pro Wohnung und 1,5 Stellplätze pro Einfamilienhaus vor (+3 Besucherstellplätze). Somit würden bei 33 Wohnungen und 11 Eigentumswohnungen maximal 50 Parkplätze vorgesehen. In den anderen Bebauungsplänen in Munzingen seien 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit Pflicht - das wären 66 Parkplätze. Diese Regelung sehe er als Mindestanforderung für eine Tuniberg-Ortschaft an. Gleiches Recht für alle. Hier sei aus seiner Sicht das Verkehrschaos vorprogrammiert.

2. Die Einfahrt zum neuen Baugebiet liege weit außerhalb der Ortschaft und so werde das Baugebiet nicht als dazugehörend sondern als separat wahrgenommen. Das widerspreche dem Ziel einer Integration von Familien.

Frau Trautmann gab an, dass sie im Vorfeld zu viel Stellfläche geplant hatten und daher reduzieren mussten.

ORätin von Kageneck fügte hinzu, dass man hier im Dorf unglaublich viele Autos habe, die alle auf öffentlichen Wegen stünden, worauf Frau Trautmann entgegnete, dass CarSharing am Tuniberg angedacht sei, evtl. in der Ortslagenmitte, sowie auch überdachte Stellplätze für Fahrradfahrer.

OR Luhr erkundigte sich, weshalb die Freifläche 'Kohlplatz' als zusätzliche Aus- oder Zufahrt nicht in Erwägung gezogen worden sei, worauf Frau Trautmann wissen ließ, dass dies eine private Fläche und damit keine Fläche der Stadt sei.

OR Schopp vermutete, dass Solaranlagen wohl sehr wichtig würden und neue Gebäude höher seien als im 'Alten Weg', weshalb ein Stockwerk weniger besser wäre.

Herr Bierschenk fügte hinzu, dass PV-Anlagen benötigt würden und daher sehr wichtig seien.

OR Riemann hielt fest, dass 44 WE zwei mehr seien, als bei der letzten Sitzung angedacht waren und fand es daher zwar gut, dass nur noch ein Gebäude an den Alten Weg grenze, aber dennoch zu nah für die Nachbarn; die Freiräume mit dem Quartiersplatz finde er ebenfalls gut, sowie den geplanten Hausmeister vom Amt für Migration und Integration. Eigentum im Geschoßwohnungsbau finde er persönlich besser als Reihenhäuser; das Ganze solle man auch etwas entzerren.

Alle Baufenster nach Südwesten zögen in den Erdwall rein, wenn Carports und Stellplätze ins Grüne reingingen und im Nordosten das Haus von der Grenze wegnehmen würden, wäre dies eine große Entlastung für die Anwohner. Ggfls. müsse man nochmals mit dem Eigentümer reden oder das Haus im Nordosten nur zweigeschossig machen.

Frau Trautmann erwähnte, dass man schon immer mehr als geplant in Richtung Erdwall gerutscht sei und bereits auf den letzten Meter alles hin- und hergeschoben habe, um trotzdem das Gebiet noch zu begrünen und attraktive Freiräume zu schaffen. Anschließend übergab sie in Sachen Bebauungsplan an Herrn Bierschenk.

ORätin Weber hielt es für schön, dass man zur Erkenntnis gekommen sei, dass man nun doch mehr Kitaplätze benötige und wollte wissen, ob diese zeitnah oder erst 2-3 Jahre später kämen?

Herr Bierschenk meinte, dass die Freiburger Stadtbau (FSB) ein normales Baugesuch in 2022 stellen werde, wobei man erst einmal die Zufahrt erstellen müsse um die Erschließung des Grundstücks möglich zu machen.

Herr Freyler gab kund, dass als Planungsmittel 23.000,- € veranschlagt wären; und in 2023/24 seien Verpflichtungsermächtigungen drin, wobei man mit Bauplanung schon begonnen habe; die Kita werde aber nicht zeitgleich mit Bezug der 1. Wohnung zur Verfügung stehen.

ORätin von Kageneck erinnerte an die seinerzeitige Vorstellung der Kitabedarfsplanung durch Herrn Kamenzin, mit der Feststellung, dass diese mit der Fläche auf der das Jugendhaus zu stehen komme, kombiniert werden müsse.

Frau Trautmann hielt fest, dass es aber getrennte Eingänge und getrennte Freibereiche geben müsse, damit die Kleinkinder ihre Ruhe hätten, die sie auch brauchten.

OR Schmid habe Sorge, dass die Kombination von Jugendlichen und Kita Kindern nicht funktionieren werde; beide würden sich ins Gehege kommen, da beide Gruppen ihren Platz und die Freifläche benötigten.

Frau Trautmann befand, dass die Bezeichnung 'Bolzplatz' wegen den Lärmwerten beibehalten werden müsse.

OR Riemann hielt das auch nicht für machbar, da man hier auch keine Betriebsgenehmigung erhalte, weshalb man das heute, wegen den aktuellen Vorschriften der Kitas, überhaupt nicht mehr mache.

Frau Trautmann: Das sei auch der Grund, weshalb sie das Lärmgutachten in Auftrag geben würden und in direktem Kontakt mit dem AKI stünden, das ihnen die notwendigen Daten übermittelt hätte.

Herr Freyler meinte, dass sie alle Bedarfe hätten, so dass sie sehen müssten, dass sie das hinkriegen; zu beachten sei, dass ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz bestehe. Vorhaben müssten auch wirtschaftlich darstellbar sein; wie z.B. selbstgenutztes Wohneigentum. Er habe nochmals im Protokoll nachgesehen und festgestellt, dass die WE bei der letzten Sitzung nicht in Stein gemeißelt worden seien.

OR Riemann dementierte dies, mit dem Hinweis, dass dies bei der letzten nichtöffentlichen Ratssitzung so festgelegt worden sei.

ORätin Wirth erwähnte, dass die Grundschule nicht erweitert werden könne, da diese zweizügig sei.

ORätin von Kageneck hielt es für wichtig, dass man dies jetzt schon einplane und nicht 2-5 Jahre hinterher hinken solle.

ORätin Wirth meinte, dass es nicht gut sei, wenn das Jugendhaus der Kita zum Opfer fallen würde.

Frau Trautmann fügte hinzu, dass der Bolzplatz nicht nur dem Jugendhaus zugeordnet werden, sondern für alle zugänglich sein solle und man die Angaben vom GuT übernommen habe.

OR Riemann hielt fest, dass man hier die Planung und einen Aufstellungsbeschluss habe und es normal sei, dass nicht erst die Schule gebaut werde und dann der Stadtteil drumherum.

ORätin von Kageneck wollte das jedoch zeitlich nicht so entzerrt sehen.

OR Riemann konstatierte, dass man heute ja nicht beschließe, ob man das Baugebiet wolle oder nicht, sondern über die Offenlage und den Kooperationsvertrag mit der Freiburger Stadtbau etc. Er für seine Person könne hier zustimmen, habe aber größte Bedenken, wenn die ganze Sache nicht entzerrt würde.

OV Schildecker fügte abschließend hinzu, dass man kontrovers diskutiert habe und das Jugendhaus dem Rat die ganze Sache versüßen sollte; ihn störe die Anbindung und die Frage, was mit dem Kohlplatz sei, und ob man sich hier nicht mit dem Eigentümer habe einigen können?

Nun habe man den Schritt gemacht und müsse weiter gehen, relativ dicht, habe in Munzingen bereits 88 Wohnungen mit Familien unterschiedlicher Schichten; die Integration müsse gefördert werden, zumal dies ein abgeschlossenes Gebiet sei, dass dies sonst in die Hose gehe wie 'Im Sauergraben'.

Abschließend bedankte sich OV Schildecker bei Frau Trautmann und den beiden Herren Biermann und Freyler für ihr Kommen und ihre informative Vorstellung und verabschiedete diese.

Frau Lebherz ergriff in dieser Sitzung nicht das Wort.

OR Riemann gibt zu Protokoll, dass er am Entwurf des Bebauungsplans grundsätzlich positiv die Gestaltung der Freiräume mit Quartiersplatz bewertet; ebenso den Versuch, die langen Stellplatzreihen aufzulockern. Auch sei es ein Fortschritt gegenüber den Projektskizzen im Aufstellungsbeschluss, dass Baufenster B nur noch mit einem relativ kurzen Stück nahe an die Nachbargrundstücke stoße. Dieser Abstand sollte jedoch vergrößert werden, indem alle Baufenster bei gleichzeitiger "Dehnung" weiter nach Südwesten verschoben würden. Es sollte geprüft werden, inwieweit die Stellplätze weiter in den südwestlichen Erdwall hinein gebaut werden könnten; eventuell müsse das Grundstück etwas nach Südwesten vergrößert werden. Insgesamt sei das Baugebiet zu eng und würde von einer solchen Erweiterung profitieren, möglicherweise auch durch einige weitere Besucher-Stellplätze.

Er kritisierte die Gesamtzahl der Wohneinheiten, es seien ursprünglich (nach abgeglichener Protokollierung mehrerer Ortschaftsräte) 42 Wohneinheiten zugesichert worden; im Entwurf für den Aufstellungsbeschluss seien 48 genannt worden. Insofern sei es zwar ein Fortschritt, dass der derzeitige Planentwurf nur noch 44 Einheiten vorsähe, dies seien jedoch immer noch zwei Einheiten mehr als zugesichert. Er schlug daher als mögliche Alternative zur Vergrößerung des Abstands nach Nordosten die Reduzierung des entsprechenden Gebäudes um ein Stockwerk (= 2 Wohneinheiten) vor.

Wenig überzeugend sei die Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum in Form von Reihenhäusern.

Unter dem integrativen Ansatz sei es ungeschickt, innerhalb des Baugebiets eine "Sonderzone" von Eigentümern mit Carports zu schaffen. Er plädierte dafür, selbstgenutzten Wohnraum ebenfalls im Rahmen des Geschosswohnungsbaus als Eigentumswohnungen umzusetzen, eventuell auch in ebenerdigen Einheiten für seniorengerechtes Wohnen.

OR Riemann fasste zusammen, dass er dem Entwurf als Basis der Offenlage zwar zustimmen könne (auch in Bezug auf die Änderung des Plangebiets und die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung), allerdings sähe er für seine Zustimmung zum Satzungsbeschluss Ende des Jahres aus den genannten Gründen Probleme.

Ergebnis

Der Ortschaftsrat Munzingen hat dieser Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt

TOP 5

Standortbestimmung der beiden geplanten E-Ladesäulen in Munzingen

Vortrag: OV Schildecker führte kurz in den Beschlussantrag ein

Wortmeldungen: ORätin Weber wollte wissen, ob man auch eine Parkscheibe fürs E-Auto benötige, was OV Schildecker bejahte!
OV Schillinger war der Meinung, dass man eh zu wenig Parkplätze habe und wenn nun auch noch E-Parkplätze für E-

Autos reserviert würden, würde man den sonstigen Parkern 4 Parkflächen wegnehmen.

OV Schildecker wies daraufhin, dass die Höchstparkdauer max. 4 Stunden betrage.

OR Lang fügte hinzu, dass die E-Ladesäulen mit Photovoltaik beinahe kostenneutral seien.

ORätin Weber befand, dass die Gastronomie und Hotellerie 'Schloss Reinach' hiervon ja nur profitieren könne.

Beschluss-Antrag

Um der wachsenden E-Mobilität und dem hieraus entstehenden Bedarf an Lademöglichkeiten Rechnung zu tragen, beschließt der Ortschaftsrat Munzingen und beauftragt das Garten- und Tiefbauamt der Stadt Freiburg, dass auf dem öffentlichen Parkplatz an der Romanstraße, wie von Herrn Kury in der Ortschaftsratssitzung am 12.04.2021 vorgestellt (siehe beigefügte Abbildung) und bereits mit dem Garten- und Tiefbauamt abgestimmt, 2 Ladesäulen für E-Autos eingerichtet werden sollen.

Ergebnis

Der Ortschaftsrat Munzingen hat diesen Antrag auf Beschlussfassung mit 10 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen entgegengenommen!

TOP 6

Auftragserweiterung Leerung zusätzlicher Mülleimer

Vortrag: OV Schildecker brachte kurz in Erinnerung, dass das Gremium in seiner Ratssitzung des Monats März 2020 darüber gesprochen habe, dass man zusätzliche Mülleimer haben wolle. Für diese Leerung bedürfe es einer Auftragserweiterung und hierfür sei jedoch kein Geld vorhanden. OV Schildecker befürworte diesen Weg, sich direkt an den hierfür zuständigen Bürgermeister der Stadtverwaltung zu richten; dieser solle begründen, warum eine Leerung nicht möglich sei. Opfingen habe auch diese Behälter, wobei die Leerung durch die Hundehalter erfolge.

Wortmeldungen: OR Schopp fügte hinzu, dass dies in Tiengen die Gemeindearbeiter machen würden

OR Schillinger hielt fest, dass in der Stadt eine Leerung erfolge und in Munzingen nicht, obgleich man hier die gleichen Gebühren bezahle.

OV Schildecker ergänzte, dass der hiesige Gemeindearbeiter und Hausmeister ständig im Einsatz und in der Stadt immerhin Kolonnen unterwegs seien.

ORätin Wirth vermutete, dass die Stadt möglicherweise bewusst nicht so viel Mülleimer aufstelle, weil sonst so viel Müll abgeladen werde, dies aber keine Lösung sei.

OV Schildecker verwies auf den nachfolgenden Beschlussantrag und hielt dies mal für einen Anfang.

Beschluss-Antrag

Der Ortschaftsrat Munzingen beauftragt die Stadtverwaltung, der ASF die Auftragserweiterung für die Leerung der bereits in Aussicht gestellten und noch zu installierenden Mülleimer zu erteilen.

Munzingen ist ein Stadtteil von Freiburg und ein bekanntes Naherholungsgebiet auch für städtische Mitbürger. Überall wo viel Publikumsverkehr ist, entsteht auch Müll. Leider gibt es in Munzingen nicht ausreichend öffentliche Entsorgungsmöglichkeiten. Örtliche, aber vor allem viele fremde Hundehalter, haben keine Möglichkeit Beutel zu entsorgen. An den sogenannten Brennpunkten hängen Anwohner Beutel an den eigenen Garten-Zaun um zu animieren, Hinterlassenschaften mitzunehmen. Auch das ist z.T. kein schönes und ordentliches Bild.

So landen, wenn auch unverständlicherweise, viele gefüllte Hundekotbeutel, aber auch anderer Picknickmüll (Taschentücher) in unserem schönen Tuniberg.

Vor allem die Winzer und Ackerbesitzer an den Ortsausgängen sind genervt.

Es gibt einige bekannte Stellen, an denen es notwendig und sinnvoll ist, weitere öffentliche Mülleimer aufzustellen.

Bisher wurde von Seiten der Stadtverwaltung (ASF) eine Anfrage mit der Begründung abgelehnt, dass die Kosten für die Abholung nicht im Budget enthalten sind. Dabei haben unsere Nachbargemeinden bereits solche Stationen und die werden auch geleert! (s. Beispielbild Opfingen nächste Seite)

Es geht um die Kosten für die Auftragserweiterung der ASF.

Die Kosten für die Mülleimer sind bereits beantragt und von der ASF genehmigt.

Vorschlag für weitere Mülleimer bzw. Dog-Set-Stations:

- An den Ortsausgängen Richtung Tiengen und Mengen
- Am Mättlegraben (Kreuzung Richtung Mengen Autobahnbrücke)
- Am Mättlegraben (Rad/ Feldweg Richtung Tiengen)
- Oberhalb der Kinzig am Bänkle

Ergebnis

Der Ortschaftsrat Munzingen hat diesen Antrag auf Beschlussfassung einstimmig entgegengenommen!

Offizielle Sitzung um 21:45 beendet!

TOP 7

Verschiedenes

Wortmeldungen: Eine Bürgerin wollte wissen, ob denn an der **Bushaltestelle** nicht ein **Abfallbehälter** sein müsste?

OV Schildecker erwiderte, dass dies die VAG so mache, aber an der Romanstraße ein anderer zuständig sei.

Eine weitere Bürgerin ließ wissen, dass sich das **Scheinwerferlicht der St.-Eretrudiskapelle** gedreht habe, so dass deren Grundstück nun immer beleuchtet werde und bat darum dies zu ändern.

OV Schildecker wies darauf hin, dass so etwas auch immer gerne der Ortsverwaltung Munzingen gemeldet werden könne.

Außerdem teilte OV Schildecker mit, dass keine Munzinger Flächen mehr in das Dietenbachgelände kommen sollen; dies habe man zwar nicht schriftlich, aber unter Zeugen geäußert.

OR Lang fügte hinzu, dass die Person, die das vernetzt habe von der Landsiedlung gewesen und es rein rechtlich super gelaufen sei, aber auf der politischen Ebene nicht ganz optimal.

Steffen Braun, der Präsident des hiesigen Golfclubs, habe im Sinne der Biodiversität aufgerüstet mit Insektenhotels, Trockenholz etc. da es seitens der badenova und der Stadt eine Förderung gebe: eine entsprechende Broschüre könne bei Ortsverwaltung eingesehen werden.

OV Schildecker schließt um **21:51 Uhr** die öffentliche Sitzung.

Unterschriften:



Christian Schildecker, Ortsvorsteher als Vorsitzender



Beate Eicher als Schriftführerin



Ortschaftsrat



Ortschaftsrat